

Deutschland-Check Oktober 2012

Eine Dauerstudie zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik
der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode

durchgeführt vom

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

im Auftrag von

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und WirtschaftsWoche

Deutschland-Check Oktober 2012

Mit dem Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) monatlich die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Bestandteil des Deutschland-Checks sind eigens vom IW Köln entwickelte Indizes, die die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarkts auf einen Blick abbilden. Außerdem beurteilen die Wissenschaftler, welche Auswirkungen die wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Beschäftigung und Wachstum haben. Aktuelle Umfragen der IW Consult zeigen, was Unternehmen, Ökonomen und Arbeitnehmer von der Regierungspolitik halten. Der Deutschland-Check wird monatlich in der WirtschaftsWoche veröffentlicht und ist unter www.deutschland-check.de online.

- S. 3 Das Barometer der Wirtschaft
 - Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung
- S. 8 Methodik
 - Wachstums- und Beschäftigungsindex
- S. 10 Das Urteil der Ökonomen
 - Politikbewertung durch das IW Köln
- S. 13 Die Meinung der Experten
 - Ergebnisse einer Befragung von Wirtschaftswissenschaftlern

Das Barometer der Wirtschaft

Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung



Wirtschaftsentwicklung: Vor einem schwierigen Winterhalbjahr

Die außerordentlich gute Wachstumsdynamik des Jahres 2011, als die Wirtschaftsleistung in Deutschland um real 3 Prozent zunahm, wird sich in diesem und dem nächsten Jahr nicht wiederholen. Allerdings steht aber auch keine Rezession ins Haus, sondern eher eine verhaltene Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts von rund einem Prozent in diesem und einem Dreiviertelprozent im nächsten Jahr. So schätzen die Konjunkturopernten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln die weitere wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Herbstprognose ein, die sie am 17. September vorgestellt haben. Aktuell droht der konjunkturellen Entwicklung etwas die Luft auszugehen, was sich in einer nur schwachen Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im dritten und vierten Quartal niederschlagen wird. Allerdings bleibt die Entwicklung saisonbereinigt leicht oberhalb der Null-Linie. Eine technische Rezession – von ihr spricht man, wenn zwei Monate in Folge das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt sinkt – bleibt Deutschland der IW-Prognose zufolge erspart. Im Verlaufe des nächsten Jahres soll es dann wieder moderat aufwärts gehen. Dass die durchschnittliche Wachstumsrate im Jahr 2013 unter der in diesem Jahr liegen wird, ist auf den Unterhang zum Jahresende zurückzuführen: Das reale BIP startet mit einem Wert unterhalb des Jahresdurchschnitts ins neue Jahr 2013.

Die besonders erfreuliche Botschaft ist, dass trotz der nur mäßigen Expansion der realen Wirtschaftsleistung in diesem und dem nächsten Jahr der Arbeitsmarkt intakt bleibt: Die Zahl der Erwerbstätigen steigt gemäß der IW-Prognose in diesem Jahr um knapp 380.000 und im nächsten Jahr nochmals um 120.000 auf den bundesdeutschen Rekordwert von 41,7 Millionen Personen. Die Arbeitslosenquote geht von 7,1 Prozent in 2011 auf 6 ½ Prozent zurück; im nächsten Jahr bleibt sie auf diesem Niveau.

Die nicht mehr so stürmische, aber doch positive Arbeitsmarktperspektive findet ihren positiven Niederschlag in der Entwicklung des privaten Konsums, der wie schon 2011 erneut einen substantziellen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten wird.

Wachstumsträger ist und bleibt aber der Export. Die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für den August 2012 stellen erneut die hohe Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie unter Beweis. Im August 2012 hat die deutsche Wirtschaft Waren im Wert von 90,1 Milliarden Euro ausgeführt, das waren stolze 5,8 Prozent mehr als noch im August des Vorjahres. Auch gegenüber dem Juli 2012

errechnete das Statistische Bundesamt ein deutliches Plus von saisonbereinigt 2,4 Prozent. Die Regionalstruktur ist allerdings sehr ausdifferenziert: Das Exportgeschäft brummt vor allem mit den Drittstaaten, also den Ländern außerhalb der Europäischen Union. Hier steht gegenüber dem August des Vorjahres ein deutliches Plus von 13 Prozent zu Buche, während die Exporte in die Länder der Eurozone um 3,1 Prozent zurückgegangen sind. Die Schuldenkrise und Rezession in der Eurozone hinterlassen somit Bremsspuren auch in Deutschland. Allerdings, und das ist die erfreuliche Seite der Medaille, schafft es die deutsche Industrie auf den Wachstumsmärkten dieser Welt, insbesondere in Asien, ihre Ausfälle auf dem europäischen Markt mehr als auszugleichen. Besonders erfolgreich auf den Auslandsmärkten sind die Hersteller von Investitionsgütern. Aber auch die anderen Sparten verzeichnen im Jahresvergleich Zuwachsraten.

Dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht zwangsläufig zu einem Wachstumskiller werden muss, dafür ist Deutschland aktuell ein gutes Beispiel. Das gesamtstaatliche Defizit sinkt in diesem Jahr auf nur noch 1 Milliarde Euro; 2013 könnte der Staat einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Allerdings ist dies zu einem erheblichen Teil der guten Finanzlage der Sozialversicherung zuzuschreiben. Der Bund wird auch in diesem und dem nächsten Jahr weiter auf Kredite zur Finanzierung seiner Ausgaben angewiesen sein. Bei konsequenter Konsolidierung könnte auch der Bund bereits bei seinem Haushalt im Plus sein.

Trotz der verhalten positiven Arbeitsmarktperspektiven hat der **Arbeitsmarktindex** im August weiter an Boden verloren. Im Einzelnen:

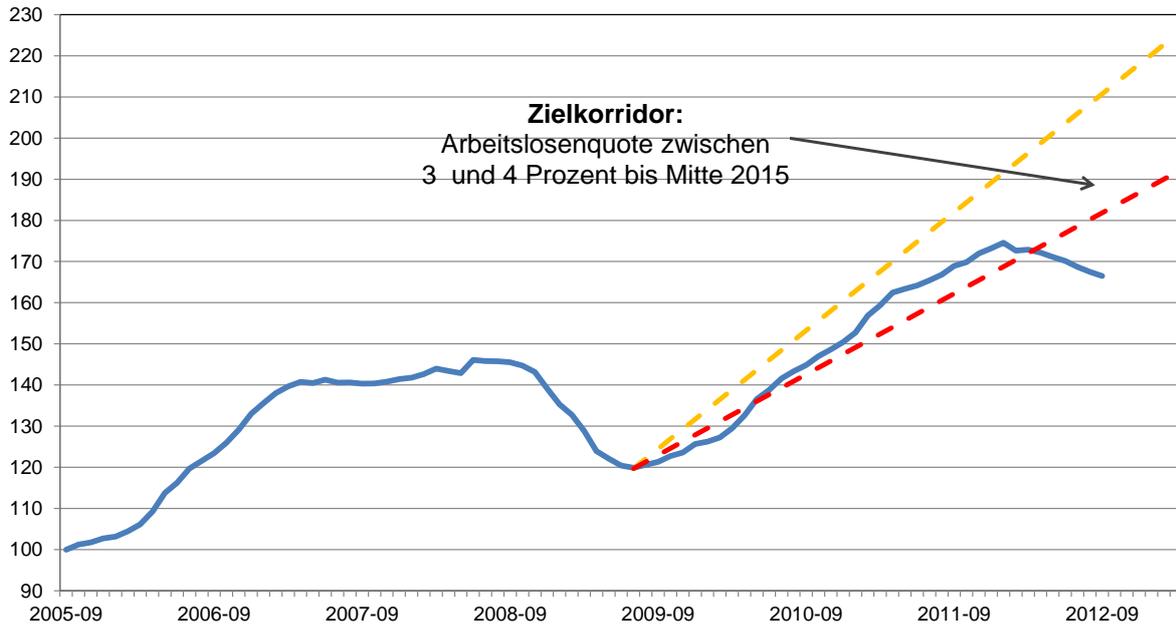
- Saisonbereinigt ist die **Zahl der Arbeitslosen** im September erneut um 9.000 Personen auf 2,911 Millionen angestiegen. Dies ist nun schon der sechste Anstieg in Folge. Zurzeit erleben wir eine scheinbar paradoxe Situation: Die Arbeitslosigkeit steigt obwohl gleichzeitig die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt. Die Erklärung liegt vor allem in der sogenannten stillen Reserve: Die positiven Arbeitsmarktperspektiven ermutigen offensichtlich immer mehr Menschen, ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu suchen.
- Auch der zweite Teilindikator hat im September weiter an Boden verloren. Um 4.000 ging die **Zahl der gemeldeten offenen Stellen** saisonbereinigt zurück. Aber offensichtlich ist die Nachfrage der Unternehmen noch groß genug, um die Zahl der Arbeitsplätze weiter ansteigen zu lassen.
- **Insgesamt** gab der Arbeitsmarktindex im September um 0,6 Prozent nach und befindet sich somit nun schon seit April dieses Jahres im Rückwärtsgang.

- So langsam tut sich damit ein neuer Trichter auf - zwischen dem Arbeitsmarktindex und dem unteren Rand des Vollbeschäftigungskorridors. Die Arbeitslosenquote liegt im August mit 6,8 Prozent um 2,8 Prozentpunkte über dem unteren Vollbeschäftigungsziel. Im Moment spricht wenig dafür, dass die 4-Prozent-Marke, geschweige denn das ehrgeizigere 3-Prozent-Ziel bis Mitte 2015 erreicht werden kann.

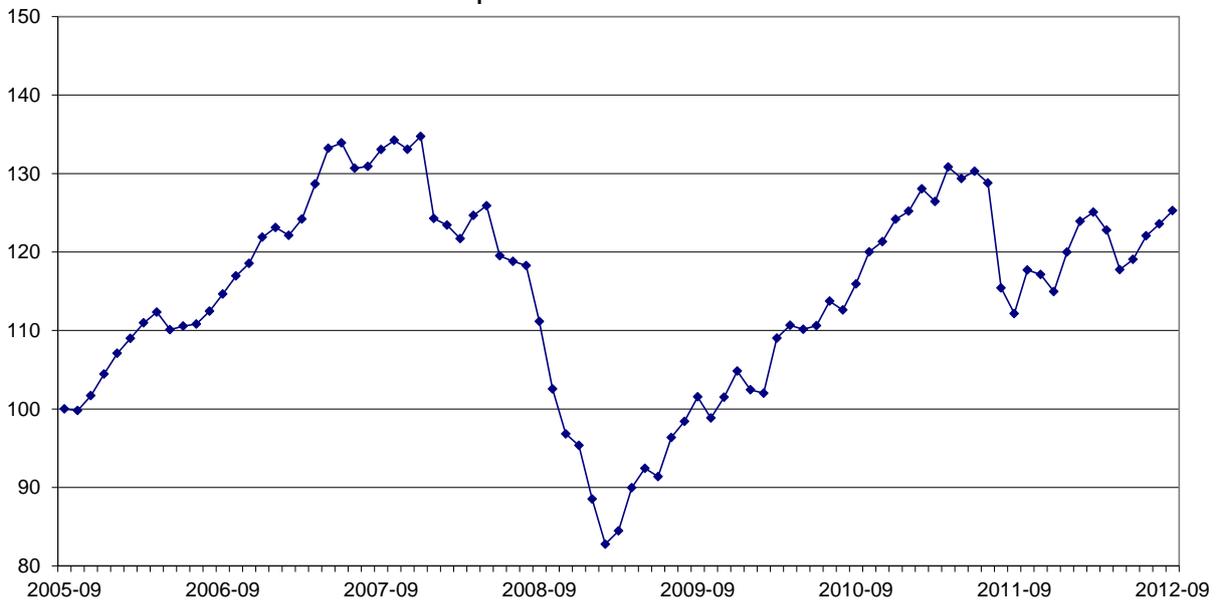
Seit einigen Monaten nun schon bietet der **Wachstumsindex** das Kontrastprogramm zum Arbeitsmarktindex. Allerdings treibt ihn zuletzt nur einer der drei Indikatoren. Im Einzelnen:

- Der DAX-Performance-Index hat im September seinen Höhenflug fortgesetzt. Er kletterte im Verlauf des September um weitere 3,5 Prozent und übersprang die 7.000er Marke deutlich (7.216 Punkte). Das grundsätzliche Okay des Bundesverfassungsgerichts zum ESM fiel in diese Zeit und hat offensichtlich dem Optimismus an den Finanzmärkten, dass eine Lösung der Euro-Krise gelingt, neue Nahrung gegeben.
- Der Lage-Index des Ifo-Geschäftsklimaindexes gab im September erneut um 0,7 Prozent auf 110,3 Punkte nach. Nach einem kurzen Zwischenhoch im August beurteilen die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ihre Geschäftslage im September wieder schlechter und auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich weiter eingetrübt. Anders sieht es im September im Handelssektor aus: Sowohl im Einzelhandel und noch deutlicher im Großhandel hat sich die Geschäftslage im September verbessert. Die Erwartungen sind aber auch hier – wenn auch weniger drastisch als im verarbeitenden Gewerbe – eingetrübt.
- Die Industrieproduktion konnte im August nicht an den guten Juli anknüpfen. Saison- und kalenderbereinigt hat die Industrie im August 1 Prozent weniger Waren produziert als im Vormonat. Damit hat sich die Schaukelpartie mit vom Monat zu Monat wechselnden Vorzeichen fortgesetzt. Eine klare Tendenz ist aktuell nicht zu erkennen. Das Prognosemodell des IW Köln signalisiert für September einen weiteren Rückgang der Industrieproduktion um 1 Prozent. Der Produktionsindex läge dann wieder auf dem Niveau, den er zuletzt im Juni dieses Jahres erreicht hatte.
- Trotz der Tatsache, dass zwei der drei Indikatoren Einbußen erleiden mussten, hat der Wachstumsindex seinen Aufholprozess im September fortgesetzt und stieg um 1,4 Prozent. Er hat damit den seit März dieses Jahres erlitten Verlust wieder aufgeholt, aber noch nicht wieder das hohe Niveau von Mitte 2011 erreicht.

Arbeitsmarktindex September 2005 = 100



Wachstumsindex September 2005 = 100

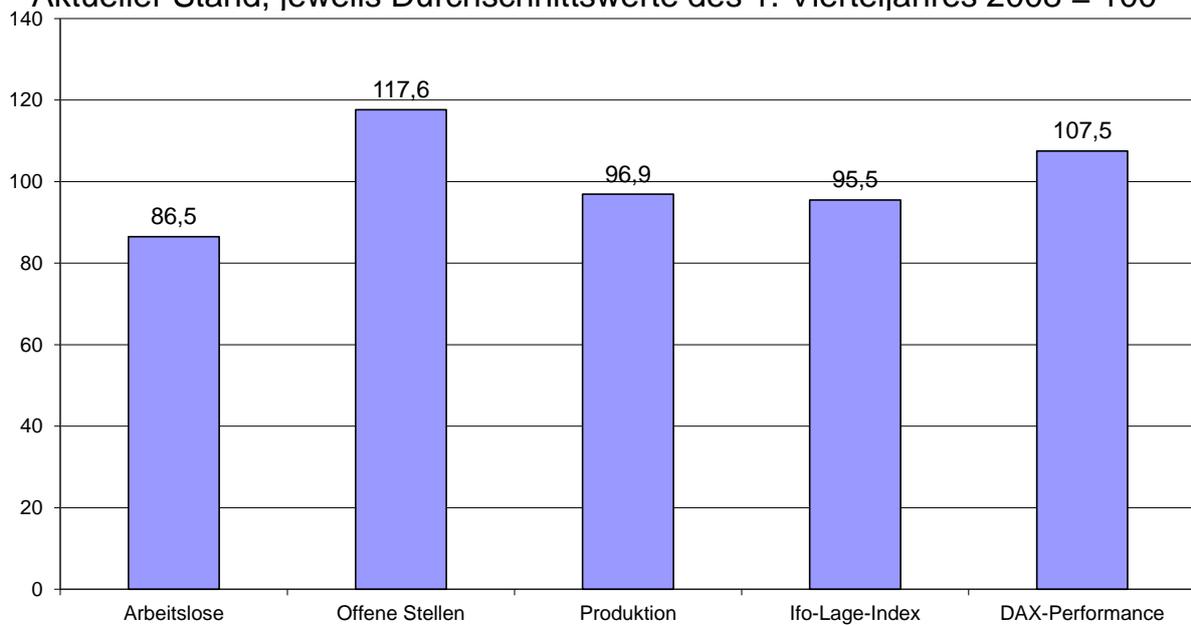


Zu den fünf **Einzelindikatoren**: Bei den Einzelindikatoren zeigt sich gegenüber dem Vormonat ein kaum verändertes Bild. Die beiden Arbeitsmarktindikatoren sind trotz der erneuten Verluste weit im positiven Bereich. Das Vorkrisenniveau ist noch in beruhigend weitem Abstand. Von den Wachstumsindikatoren konnte sich der DAX-Performance-Index erstmals seit Mitte 2011 wieder deutlich über dem Vorkrisenniveau festsetzen. Die beiden

realwirtschaftlichen Teilindikatoren hingegen liegen nun schon wieder deutlich unter der 100-Prozent-Grenze. Um das Vorkrisenniveau zu erreichen muss die Industrieproduktion um 3,2 Prozent wachsen und der Ifo-Lage-Index um 4,7 Prozent zulegen. Innerhalb eines Monats dürfte dies kaum zu schaffen sein.

Arbeitsmarkt- und Wachstumsindikatoren

Aktueller Stand, jeweils Durchschnittswerte des 1. Vierteljahres 2008 = 100

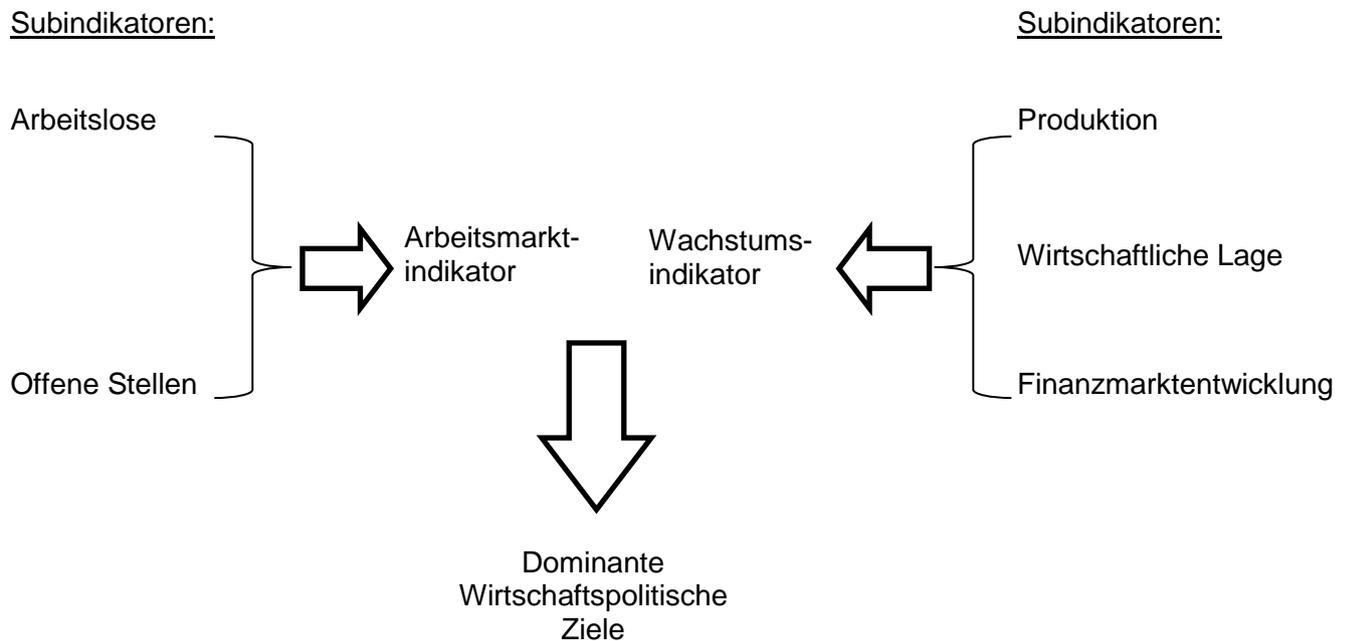


Methodik: Arbeitsmarktindex und Wachstumsindex

Vollbeschäftigung und Wachstum sind die zwei dominierenden wirtschaftspolitischen Zielgrößen. Die Fortschritte bei der Zielerreichung werden im D-Check monatlich anhand von zwei Indizes überprüft, den Arbeitsmarktindex und den Wachstumsindex (siehe schematische Darstellung).

Schematische Darstellung des Indikatoren-Konzept

Zur Beurteilung der arbeitsmarkt- und wachstumspolitischen Ziele



Die Messung beginnt rückwirkend im September 2005, dem Monat der vorletzten Bundestagswahl, die den Wechsel vom Rot-Grün zur Großen Koalition brachte. Die Lage zu diesem Zeitpunkt wird für beide Indizes auf einen Index-Wert von 100 Punkten normiert. Sowohl der Arbeitsmarkt – als auch der Wachstumsindex sind so konstruiert, dass ein ansteigender (rückläufiger) Wert eine Verbesserung (Verschlechterung) der Arbeitsmarkt- bzw. Wachstums-Performance anzeigt.

Der **Arbeitsmarkt-Index** setzt sich zusammen aus der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der (ungeförderten) offenen Stellen. Um einen sinnvoll interpretierbaren Vormonatsvergleich zu ermöglichen, werden jeweils die saison- und kalenderbereinigten Werte herangezogen.

Die zwei Subindikatoren werden gleichgewichtig zu einem Gesamtindikator „Arbeitsmarkt“ verdichtet.

Zusätzlich wird dem Arbeitsmarkt-Index ein „**Vollbeschäftigungstrichter**“ zugeordnet. Dahinter steht die Zielformulierung, bis Mitte 2015 die Arbeitslosenquote auf einen Wert von 3 bis 4 Prozent zu reduzieren. Auf diese Weise ist es möglich, monatlich zu prüfen, ob die deutsche Volkswirtschaft beim eingeschlagenen Tempo dieses Ziel erreichen kann. Spätestens bei Erreichen des unteren Randes des Trichters muss die Politik ihre arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen erhöhen, um bis Mitte 2015 Vollbeschäftigung zu erreichen. Durchbricht der Index den oberen Trichterrand, ist die Volkswirtschaft auf einem Kurs, der Vollbeschäftigung früher als Mitte 2015 erwarten lässt.

Der **Wachstums-Index** ist grundsätzlich nach demselben Muster wie der Arbeitsmarkt-Index konstruiert. Er setzt sich aus drei gleichgewichteten Subindikatoren zusammen: Produktion im verarbeitenden Gewerbe (saison- und kalenderbereinigt), Lageeinschätzung aus dem Ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft und dem DAX-Performance-Index (Monatsendstand) als Proxy für die Finanzmarktentwicklung. Da der amtliche Produktionsindex gegenüber den beiden anderen Indizes nur mit einem Monat verzögert vorliegt, wird die Produktionsentwicklung mithilfe eines IW-Prognosemodells um einen Monat fortgeschrieben.

Ergänzend wird in einer dritten Grafik der aktuelle Stand der fünf **Einzelindikatoren** dokumentiert, wobei das 1. Vierteljahr 2008 = 100 gesetzt wird. Auf diese Weise wird auf einen Blick deutlich, wie sich die Lage der Volkswirtschaft seit der Zeit vor dem Einsetzen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise entwickelt hat. So ist mit einem Blick zu erkennen, wie weit der Indikator noch von seinem Vor-Krisen-Niveau entfernt ist. Werte von größer (kleiner) 100 für die drei Subindikatoren des Wachstumsindex und die Zahl der offenen Stellen signalisieren, dass das Vor-Krisen-Niveau überschritten (unterschritten) wird. Bei der Arbeitslosigkeit zeigen Werte unter (über) 100 eine Verbesserung (Verschlechterung) gegenüber dem ersten Quartal 2008 an.

Das Urteil der Ökonomen

Politikbewertung durch das IW-Köln



1. Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften

Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Drittes Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften

Was ist geplant?

- Im Rahmen der energiepolitischen Entscheidungen des Jahres 2011 wurden insbesondere Abschaltzeiten für die bestehenden Kernkraftwerke beschlossen. Etwa die Hälfte der Kraftwerke wurde sofort und endgültig stillgelegt. Die damit stillgelegten Kapazitäten konnten nicht ausgeglichen werden. Ein paralleler Zubau fand weder bei fossilen Kraftwerken noch bei Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien in ausreichendem Maße statt. Dies stößt aus zwei Gründen an Grenzen. Der Zubau der erneuerbaren Energien, der mit erheblichem finanziellem Aufwand betrieben wird, ist nicht in der Lage, in ausreichender Menge gesicherte Leistung zur Verfügung zu stellen, die sicher jederzeit verfügbar ist. Fossile Kraftwerke stehen heute insbesondere vor dem Problem, dass ihre Wirtschaftlichkeit nicht mehr gewährleistet werden kann, wenn in einer zunehmenden Zahl von Stunden erneuerbare Energien das Stromangebot stellen und die fossilen Kraftwerke nicht zum Einsatz kommen.
- Auch wenn insgesamt die notwendigen Kapazitäten in Deutschland zur Verfügung stehen, gibt es regionale Engpässe. Durch den Einsatz zusätzlicher Kapazitäten, die von der Bundesnetzagentur im In- und Ausland akquiriert wurden, konnte im letzten Winter verhindert werden, dass es zu Netzausfällen kam. Die Regierungskoalition will nun verhindern, dass es zu einer weiteren Verknappung der Stromerzeugungskapazitäten und damit zu weiteren Risiken eines Blackouts kommt. Dafür sind insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Kraftwerksstilllegungen müssen in Zukunft mindestens zwölf Monate im Voraus angezeigt werden.
- Die dauerhafte Stilllegung von Kraftwerken, sofern sie als systemrelevant, also als relevant für die Sicherheit der Stromerzeugung angesehen werden, kann unterbunden werden. Für die entstehenden Kosten ist eine Entschädigung zulasten der Stromkunden vorgesehen.
- Gaskraftwerken wird, sofern sie als systemrelevant eingeschätzt werden, untersagt, unterbrechbare Lieferverträge für Gas abzuschließen. Zudem werden sie verpflichtet, sofern möglich, mit alternativen Brennstoffen vorzusorgen. Auch hier ist eine entsprechende Entschädigung vorgesehen.

Bewertung durch das IW Köln: 1 von 5 Sternen

Begründung:

- Die vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen geeignet, technische Engpässe zu beheben, die sich in den nächsten Jahren in der Stromerzeugung regional zeigen. Ein Abschalten weiterer Kraftwerke sowie ein möglicher Ausfall von Gaskraftwerken aufgrund unterbrochener Lieferungen würde die Versorgungssituation mit Strom verschlechtern und in Zeiten der winterlichen Höchstlasten zu einem Blackout führen können. Die aktuelle Diskussion sollte aber nur entsprechende Maßnahmen für einige Jahre beinhalten. Zusätzlich ans Netz gehende fossile Kapazitäten können die bestehenden Engpässe auflösen. Dann sollte auf die geplanten Zwangsmaßnahmen verzichtet werden. Eine klare zeitliche Beschränkung der Regelungen ist jedoch nicht vorgesehen.
- Die Maßnahmen stellen einen massiven Eingriff in den Stromerzeugungsmarkt dar. Anbieter dürfen ihre Anlagen nicht mehr stilllegen, wenn keine entsprechende Erlaubnis vorliegt. Eine solche Marktaustrittshürde stellt gleichzeitig eine Markteintrittshürde dar, wenn ein Investor nicht über die Dauer seiner Investition entscheiden darf. Die Überwälzung der Kosten auf die Netzbetreiber und mittelbar auf die Stromverbraucher setzt keinen ausreichenden Anreiz zur Kostenbegrenzung. Für Gaskraftwerke wird zudem in die Beschaffungsverträge eingegriffen. Kostensparende unterbrechbare Verträge sind für bestimmte Kraftwerke nicht mehr

zugelassen. Die Definition der betroffenen systemrelevanten Kraftwerke muss letztlich nach staatlich gesetzten Regeln erfolgen.

- Die Maßnahmen sind ein weiterer Schritt in Richtung einer staatlich gelenkten Stromerzeugung. Während die erneuerbaren Energien durch öffentliche Unterstützung in den Markt gebracht werden, wird für die fossilen Kraftwerke praktisch eine weitgehende staatliche Planung und Betriebsanordnung durchgeführt. Die fehlende zeitliche Begrenzung der Sonderregeln lässt eine dauerhafte Entwicklung hin zu weiteren staatlichen Detailanordnungen in der Stromerzeugung befürchten. So notwendig einzelne Maßnahmen sein können, sie drohen doch ein Schritt weg von einer marktwirtschaftlichen Stromwirtschaft in Richtung staatlicher Planung der Stromversorgung zu sein.

Die Meinung der Experten

Ergebnisse einer Befragung von Wirtschaftswissenschaftlern durch die IW-Consult GmbH



Der Hintergrund

In der Politik wird aktuell diskutiert, wie innerhalb des Rentensystems die befürchtete Altersarmut verhindert werden kann. Dazu hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagen, ergänzend zur Grundsicherung eine Zuschussrente einzuführen. Die geplante Zuschussrente soll die Rente von Arbeitnehmern, die über Jahrzehnte gearbeitet, aber wenig verdient haben, auf maximal 850 Euro aufstocken. Dabei sollen die Beiträge der Geringverdiener zu einer höheren Rentenzahlung führen als die Zahlungen der übrigen Beitragszahler. Finanziert werden soll die Zuschussrente auch aus den Beitragszahlungen der Versicherten. Die Zuschussrente ist umstritten. Diesem Thema ist das vorliegende IW-Expertenvotum gewidmet.

Die Befragung

Die Befragung für das vorliegende IW-Expertenvotum fand in der Zeit vom 17. bis zum 28. September 2012 statt und wurde online durchgeführt. Insgesamt wurden 400 Professoren für Wirtschaftswissenschaften angeschrieben, die an Universitäten in Deutschland tätig sind; 78 Professoren haben sich an der Befragung beteiligt. Im Einzelnen wurde die Einschätzung der Experten zu folgenden Punkten erhoben:

- „In Deutschland droht eine zunehmende Altersarmut.“
 - ... „Stimme zu“, „Stimme eher zu“, „Stimme eher nicht zu“ oder „Stimme nicht zu“
- „Die bestehenden Instrumente zur Einkommenssicherung im Alter sind ausreichend.“
 - ... „Stimme zu“, „Stimme eher zu“, „Stimme eher nicht zu“ oder „Stimme nicht zu“
- „Um die Einkommenssituation im Alter zu verbessern, sollten niedrige Renten durch eine Zuschussrente aufgestockt werden.“
 - ... „Stimme zu“, „Stimme eher zu“, „Stimme eher nicht zu“ oder „Stimme nicht zu“
- „Wenn die Politik sich dazu entscheidet, niedrige Renten aufzustocken, dann sollte das...“
 - ... „aus Beitragseinnahmen der Rentenversicherung finanziert werden.“ oder
 - ... „aus Steuermitteln finanziert werden.“

- „Die Zuschussrente geht damit einher, dass ein Euro Beitrag eines Geringverdieners zu höheren Rentenzahlungen führt als ein Euro Beitrag eines Durchschnitts- oder Topverdieners. Befürworten Sie dies?“
 - ... „Ja“, „Eher ja“, „Eher nein“ oder „Nein“

Zudem hatten die Experten am Ende der Befragung die Möglichkeit, ein Statement zur Zuschussrente abzugeben.

Auf Basis der Aussagen und Statements lässt sich – dem Ziel des IW-Expertenvotums entsprechend – ein Stimmungsbild erheben, ohne die Experten zeitlich zu stark zu beanspruchen. Eine tiefergehende Beschäftigung mit den angesprochenen Aspekten würde naturgemäß eine differenzierte Analyse erfordern. Zusätzlich ist anzumerken, dass diese Kurzbefragung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Nicht alle Instrumente, die zur Einkommenssicherung im Alter diskutiert werden, konnten detailliert behandelt werden.

Die Ergebnisse

Mehrheit der Experten erwartet eine zunehmende Altersarmut in Deutschland

In der öffentlichen Diskussion wird das Thema einer drohenden Altersarmut in Deutschland immer wieder kontrovers debattiert. Auch im vorliegenden IW-Expertenvotum gehen die Meinungen auseinander, wobei die Mehrheit der befragten Experten ein höheres Armutsrisiko im Alter wahrnimmt:

- Insgesamt 48 der 78 befragten Ökonomen gehen von zunehmender Altersarmut aus: Davon stimmen 25 Befragte der Aussage zu und 23 Befragte eher zu.
- Demgegenüber sehen 30 Experten keine zunehmende Bedrohung durch Altersarmut: 9 Befragte stimmen der Aussage nicht zu und 21 eher nicht zu (Tabelle 1).

Tabelle 1: Altersarmut wird in Deutschland eher zunehmen.

„In Deutschland droht eine zunehmende Altersarmut.“
Anzahl der Experten

	Anzahl
Stimme zu	25
Stimme eher zu	23
Stimme eher nicht zu	21
Stimme nicht zu	9
Gesamt	78

Quelle: IW-Expertenvotum, September 2012, 78 Experten.

Die vorhandenen Instrumente zur Einkommenssicherung im Alter reichen nach Ansicht der meisten Experten eher nicht aus.

Die Alterssicherung jedes Einzelnen soll sich in Zukunft nicht nur auf die gesetzliche Rentenversicherung, sondern auch auf die betriebliche und die private Altersvorsorge stützen. Damit die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensstandard auch im Alter halten können, fördert der Staat die betriebliche sowie bestimmte Formen der privaten Altersvorsorge. Aber reichen die vorhandenen Instrumente aus, damit die Bürger ausreichend für das Alter vorsorgen? Die Meinung der Ökonomen ist hier geteilt:

- 45 Professoren sind der Meinung, dass die vorhandenen Instrumente zur Einkommenssicherung im Alter nicht ausreichen: 15 Befragte stimmen der Aussage nicht zu und 30 eher nicht zu.
- Dagegen sind 32 Experten der Ansicht, dass die bestehenden Instrumente ausreichend sind: 10 Befragte stimmen der Aussage zu und 22 eher zu (Tabelle 2).

Tabelle 2: Instrumente zur Einkommenssicherung im Alter erscheinen eher nicht ausreichend.

„Die bestehenden Instrumente zur Einkommenssicherung im Alter sind ausreichend.“
Anzahl der Experten

	Anzahl
Stimme zu	10
Stimme eher zu	22
Stimme eher nicht zu	30
Stimme nicht zu	15
keine Angabe	1
Gesamt	78

Quelle: IW-Expertenvotum, September 2012, 78 Experten.

Ökonomen sprechen sich gegen eine Zuschussrente aus

Trotz der eher erwarteten Altersarmut ist eine deutliche Mehrheit der befragten Professoren gegen die Einführung einer Zuschussrente, um das Einkommen im Alter aufzustocken:

- 52 Ökonomen halten die vorgeschlagene Zuschussrente nicht für das geeignete Instrument, um die Einkommenssituation im Alter zu verbessern: Davon stimmen 31 Befragte der Aussage nicht zu und 21 eher nicht zu.
- Lediglich 24 Experten sind der Ansicht, dass die Zuschussrente eingeführt werden sollte: 4 Befragte stimmen der Aussage zu und 20 eher zu (Tabelle 3).

Tabelle 3: Zuschussrente findet nur geringe Zustimmung.

„Um die Einkommenssituation im Alter zu verbessern, sollten niedrige Renten durch eine Zuschussrente aufgestockt werden.“

Anzahl der Experten

	Anzahl
Stimme zu	4
Stimme eher zu	20
Stimme eher nicht zu	21
Stimme nicht zu	31
keine Angabe	2
Gesamt	78

Quelle: IW-Expertenvotum, September 2012, 78 Experten.

Die klare Ablehnung der vorgeschlagenen Zuschussrente wird vor allem damit begründet, dass dadurch das Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung ausgehöhlt würde. Dies verdeutlichen die folgenden Statements der Experten:

- „Renten sind und bleiben Spiegel der Erwerbsphase. Sie können und sollen den Verlauf eines Erwerbslebens nicht im Nachhinein "reparieren" und "umkehren". So hat es das BMAS in einer Pressemitteilung (u.a. zur Zuschussrente) vom September 2011 treffend formuliert. Aber genau dieses versucht die Zuschussrente. Die Zuschussrente widerspricht dem Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie kann keine Versicherungsleistung sein, ist verfassungsrechtlich bedenklich und nicht gerecht. Das Ziel der Zuschussrente mag verständlich sein, dieses Ziel ist jedoch mit anderen Mitteln zu erreichen.“
- „Absoluter Bruch mit allen Regeln der Alterssicherung und der Grundsicherung zugleich - als ob Alter ein Verdienst wäre!“
- „Die Zuschussrente durchbricht die Systematik der gesetzlichen Rentenversicherung und kommt ohnehin nur einem Teil der von dem Problem

niedriger Renten Betroffenen zugute. Es gibt zudem schon eine Mindestrente durch das allgemeine Sozialsystem. Wozu haben wir dieses eigentlich, wenn seine Inanspruchnahme als nicht zumutbar gilt?“

Wenn die Politik schon aktiv wird, dann sollte die Aufstockung von niedrigen Renten nach Ansicht der Experten durch Steuern finanziert werden

Die Lohnnebenkosten sollten nach Ansicht der Experten nicht erhöht werden, um der mehrheitlich erwarteten Altersarmut gegenzusteuern. Wenn die politische Entscheidung getroffen werden sollte, niedrige Renten aufzustocken, dann sollte das nach Meinung der Experten aus Steuermitteln finanziert werden:

- 57 der 78 befragten Ökonomen sprechen sich für eine steuerfinanzierte Aufstockung von niedrigen Renten aus.
- Demgegenüber vertreten nur 14 Ökonomen die Ansicht, dass die Aufstockung von niedrigen Renten durch Beiträge aus der Rentenversicherung finanziert werden sollte (Tabelle 4).
- Immerhin sieben Befragte haben hierzu keine Angabe gemacht.

<p>Tabelle 4: Im Falle einer Aufstockung von niedrigen Renten sollte das durch Steuern finanziert werden.</p> <p>„Wenn die Politik sich dazu entscheidet, niedrige Renten aufzustocken, dann sollte das...“</p> <p>Anzahl der Experten</p>	
	Anzahl
...aus Beitragseinnahmen der Rentenversicherung finanziert werden.	14
...aus Steuermitteln finanziert werden.	57
keine Angabe	7
Gesamt	78
<p>Quelle: IW-Expertenvotum, September 2012, 78 Experten.</p>	

Mehrheit der Professoren lehnt Aufweichung des Äquivalenzprinzips eher ab

Mit der Zuschussrente würden die Rentenbeiträge eines Geringverdieners zu höheren Rentenzahlungen führen als die eines Durchschnitts- oder Besserverdieners. Eine knappe Mehrheit der befragten Professoren votiert gegen diese Aufweichung des Äquivalenzprinzips.

- 42 Ökonomen sprechen sich gegen eine Aufweichung des Äquivalenzprinzips in der gesetzlichen Rentenversicherung aus: Davon lehnen 25 Befragte dies mit „Nein“ ab, 17 mit „Eher nein“.
- Dagegen billigen 34 Ökonomen eine Aufweichung des Äquivalenzprinzips: 27 Befragte votieren mit „Eher ja“, lediglich 7 mit „Ja“ (Tabelle 5).

Tabelle 5: Die Aufweichung des Äquivalenzprinzips wird eher abgelehnt.

„Die Zuschussrente geht damit einher, dass ein Euro Beitrag eines Geringverdieners zu höheren Rentenzahlungen führt als ein Euro Beitrag eines Durchschnitts- oder Topverdieners. Befürworten Sie dies?“

Anzahl der Experten

	Anzahl
Ja	7
Eher ja	27
Eher nein	17
Nein	25
keine Angabe	2
Gesamt	78

Quelle: IW-Expertenvotum, September 2012, 78 Experten.

Bei dieser Frage gibt es wieder viele Professoren, die nicht am Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung rütteln wollen. Es gibt aber durchaus auch Ökonomen, die dieses Prinzip zumindest etwas aufweichen wollen. An dieser Stelle sei exemplarisch jeweils ein Statement für und wider der Aufweichung des Äquivalenzprinzips genannt:

- „Die Rente muss dem Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend ein Spiegelbild des Erwerbslebens sein. Wer das nicht möchte, muss eine grundlegende Änderung des in Deutschland geltenden Systems anstreben.“
- „Prinzipiell bin ich der Meinung, dass das, was wir tun oder getan haben, auch mit Bezug auf Riester etc. ausreichend ist. Ich stimme aber der Idee zu, dass Beiträge unterschiedlich gewogen werden, so dass Beiträge von Geringverdienern höher bewertet werden als die von "Großverdienern"“.

Über das IW-Expertenvotum

Für das IW-Expertenvotum werden vier Mal im Jahr Professoren für Wirtschaftswissenschaften, die an Universitäten in Deutschland tätig sind, als Experten zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Vorgängen online befragt. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.